

EWK - Zur Lage

Stand 30. März 2026



Schutt und Asche soweit das Auge reicht

Ende Januar war ich noch zuversichtlich, der Krieg gegen den Iran würde doch noch einmal vertagt. Vier Wochen später wurde der so genannte Enthauptungsschlag geführt – und seither tobt der Krieg.

Es ist m.E. nicht zielführend, in diese Ausgabe der Lage noch einmal das nachzuzeichnen, was bisher als Kriegsverlauf zu erkennen war. Soweit ich mir einen Überblick verschaffen konnte, habe ich das in mehreren Blog-Artikeln ausgeführt. Am Schluss dieser Einleitung liste ich die entsprechenden Links noch einmal auf.

Es ist mir derzeit auch vollkommen unmöglich, eine auch nur halbwegs sichere Prognose für den Ausgang des Krieges und den bis dahin womöglich erreichten Eskalationslevel zu stellen. Vermutlich befinde ich damit aber in bester Gesellschaft. Die Militärplaner der USA haben da offenbar selbst Schwierigkeiten, eine Strategie zu entwickeln, während die Militärplaner des Iran zwar sehr geschickt auf alle Attacken reagieren und wohl auch für weitere Gegenschläge die Ziele längst ausgewählt haben, aber lieber nach dem Motto „Auge um Auge“ taktieren, statt selbst in die Offensive zu gehen.

Stattdessen werde ich mich in dieser Ausgabe der Lage daran versuchen, die Geschehnisse am Golf in ein größeres Bild einzuordnen, das unabhängig vom Fort- und Ausgang der Auseinandersetzung erahnen lässt, wie die globalen Auswirkungen dieses Krieges aussehen werden. Dabei ist der geostrategische Aspekt natürlich ein zentrales Element. Auch die Folgen für die Weltwirtschaft dürfen nicht unterschätzt werden. Gleichzeitig muss jedoch erkannt werden, dass wir am Persischen Golf die Premiere einer neuen Art der Kriegsführung erleben, nachdem in der Ukraine dazu quasi die Ouvertüre präsentiert worden ist.

Hier, wie versprochen, zunächst noch die Links, die so eine Art Kriegstagebuch bilden:

[Krieg](#)

[Krieg \(2\) Die Vorgeschichte seit 2015](#)

[Krieg \(3\) Irrlichter im Nebel](#)

[Krieg \(4\) Trumps Fiasko](#)

[Über den Unterschied zwischen Öl und Geld](#)

[Krieg \(5\) Hallo NATO, Escort-Service bitte!](#)

[Demokratie, Diplomatie, Völkerrecht – bloß dem nicht nachweinen!](#)

[Über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des Iran gegen Israel und die USA](#)

[Krieg \(6\) Zerstörungswut](#)

[Krieg \(7\) – Eskalation schreitet fort](#)



Welt

Nichts hat die Menschheit bisher so nachdrücklich und schmerzhaft daran erinnert, wie abhängig sie von der Verfügbarkeit fossiler Energieträger ist, wie diese wenigen Wochen Krieg, die seit Beginn des israelisch-amerikanischen Angriffs auf den Iran ins Land gegangen sind.

Nachdem die Cassandra-Rufe des Club of Rome verhallt waren, der 1972 seine viel beachtete Warnung vor dem drohenden Ende der Vorräte fossiler Brenn- und Chemiegurdstoffe (peak oil) in die Welt gesetzt hatte, waren es nur noch die Experten in den Planungsabteilungen der großen Konzerne und der Regierungen, die regelmäßig prüften, ob sie sich Sorgen machen müssten oder nicht.

Offenbar wurde der Gedanke, der Krieg könne einen weltweiten und über Jahre anhaltenden Mangel an Öl und Gas verursachen, vor dem Angriffsbefehl als „äußert unwahrscheinlich“ eingestuft und außer Acht gelassen.

Dabei hätte man sich nur in die Lage des Irans versetzen müssen, um zu erkennen, dass dessen entscheidende Fähigkeit eben darin besteht, den Energiefluss mit der Sperre der Straße von Hormus zu unterbrechen, und dass iranische Strategen alles tun würden, sich diese Fähigkeit weder durch Luftangriffe noch von Bodentruppen nehmen zu lassen.

Weiter gedacht, in ein unwahrscheinlicheres Szenario, hätte auch die Verwundbarkeit der Ölanlagen der Golf-Anrainer und die Verwundbarkeit, der US-Basen in der Region ins Kalkül einbezogen werden müssen.

Ich neige ganz und gar nicht zu der Annahme, dass die Experten in den Stäben der US-Streitkräfte dieses Risiko nicht ganz klar erkannt haben. Doch war dies eben nur ein Risiko unter vielen – und es wird eben auch jene Experten gegeben haben, die versicherten, die Angriffspläne seien so perfekt, dass dieses Risiko niemals eintreten könne.

Mag sein, dass Pete Hegseth bei der abschließenden Lagebeurteilung auf dieses Risiko noch am Rande hingewiesen wurde, doch als er bereit war „Go!“ zu sagen, hat er es womöglich nicht für erforderlich gehalten, Trump mit solchen Details zu behelligen.

Die Variante 2 des Denkbaren

sieht ganz anders aus.

Man war sich vor dem Angriffsbefehl vollständig bewusst, dass der von Israel dringend gewünschte Krieg den Nahen Osten ins Chaos und die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise stürzen würde, hielt dies jedoch unter dem Strich für einen wesentlichen Vorteil der USA, um - gestützt auf die eigenen, reichlich vorhandenen Lagerstätten - den asiatischen Wirtschaftsraum und die EU in eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise zu stürzen, dabei selbst über die Zuteilung von Energierohstoffen zu entscheiden, die BRICS-Staaten ein Stück weit auseinander zu dividieren und letztlich auch den Petro-Dollar noch einmal retten zu können.

Dieses Szenario hätte durchaus vorgesehen, dass der Iran nicht nur die Straße von Hormus sperrt, sondern auch die Ölanlagen von Kuwait im Norden bis zum Oman im Süden weitgehend demoliert, während seine eigenen Öl- und Gasfelder ebenfalls weitgehend zerstört werden.

Erst wenn dieser Zustand erreicht ist, würde man den Iran ernsthaft angreifen, in die Steinzeit zurückbomben und mit den „Befreiten“ ohne noch nennenswerten Druck ausüben zu müssen, wunderbare Verträge über den Wiederaufbau und die gemeinschaftliche Ausbeutung der Ressourcen schließen, die niemand, der noch halbwegs bei Vernunft ist, ablehnen könnte.

Kuwait, Bahrain, Katar, die Saudis, die Emirate und Oman, deren Vasallentreue im Kriegsverlauf auf die Probe gestellt würde, könnten auf diese Weise erneut an die USA gefesselt werden, weil mit dem Verschwinden des Iran als eigenständiger Regionalmacht deren Ausweichmöglichkeiten und damit das diplomatische Drohpotential gegenüber den USA auf null geschrumpft wäre.

Ein Plan, der durchaus sinnvoller erscheint, als - einfach mal eben so, weil die Gelegenheit günstig erscheint - Menschen, Material und Geld zu opfern, um die seit Jahrzehnten kurz vor der Fertigstellung stehende iranische Atombombe zu verhindern und das Raketenpotential zu vernichten.

Sollte das der Plan sein, er würde sich mit den Ereignissen auf dem Schlachtfeld weitgehend decken, was aber auch bedeutet, dass der Zeitpunkt für den finalen Schlag nicht mehr fern liegen kann, denn die Zerstörung der Öl- und Gasfelder und der Anlagen zur Verarbeitung und zum Export sind so weit gediehen, dass die Öffnung der Straße von Hormus kaum noch wesentlich dazu beitragen würde, die auf dem Weltmarkt verfügbaren Mengen zu erhöhen und damit den Energiehunger der bisherigen Abnehmer zu stillen.

Jedenfalls wäre so ein finaler Schlag ein sauberer Schlussstrich. Ob er zur Erreichung der Ziele wirklich erforderlich ist, ist eine ganz andere Frage. Für die USA spielt das keine wesentliche Rolle. Man könnte auch abwarten, bis der Iran wirklich seine letzte Rakete verschossen hat. Ein Volk von 90 Millionen Menschen wird schon irgendwann mürbe und möchte auch mal wieder etwas anderes erleben, als alle seine Kräfte darauf verwenden zu müssen, in unterirdischen Anlagen Drohnen und Raketen zusammenzuschrauben.

Das leitet über zu einer anderen Betrachtung:

Im Kriegszustand dringend benötigten Nachschub für die Front herstellen zu müssen, ist ein ganz anderes Geschäft als in Friedenszeiten die Arsenale zu füllen. Und, eine Hyperschall-Mittelstreckenrakete mit 2.500 km Reichweite und in der Wiedereintrittsphase lenkbaren Mehrfachsprengköpfen zu basteln, gelingt auch nicht an einem Vormittag.

Dass der Iran bei der Herstellung seiner Waffen tatsächlich um so viel schneller sein kann, dass es die USA sein werden, denen zuerst die Raketen ausgehen, würde ich nicht unterschreiben.

Ich würde auch nicht unterschreiben, dass die US-Bestände an Abfangraketen und Angriffswaffen, wie sie von allen Seiten benannt und rauf- und runtergerechnet werden, den wahren Beständen, bzw. ehemaligen Produktionsmengen entsprechen. Niemand legt sein gesamtes Potential von Beginn an offen auf den Tisch.

Man könnte die Iraner also gelassen weiterballern lassen. Die US-Basen sind sowieso schon weitgehend zerstört, und jede weitere Zerstörung an den Öl- und Gasanlagen im Golf kann hingenommen werden, weil es nicht die USA sind, die darunter leiden müssen.

Das Problem ist Israel.

Der Zwergstaat mit den großen Ambitionen hat einfach nicht genug Fläche, um über längere Zeit einen Raketeneinschlag nach dem anderen überstehen zu können.

Dass überhaupt Raketen auf israelischem Gebiet einschlagen können, hatte man vorher ausgeschlossen. Aber sie tun es, und die Einrichtungen zum Abfangen arbeiten weniger effektiv als angenommen. Ob es an der Technik liegt oder bereits am Mangel an Munition, spielt im Ergebnis keine Rolle.

Während ich dies am Samstagnachmittag schreibe, lese ich im Newsletter von Newsmax.com, dass Trump die letzten noch nicht angegriffenen Ziele im Iran auf rund 3.500 beziffert und erklärt, das werde jetzt ziemlich schnell gehen, und – und dann: sehen wir weiter.

Vorher war davon die Rede, dass bereits 10.000 Ziele angegriffen worden seien. Man könnte jetzt nach dem klassischen Dreisatz sagen, wenn der Angriff auf 10.000 Ziele 28 Tage benötigt hat, werden 3.500 Ziele weitere 10 Tage benötigen. Das ist aber Blödsinn.

Man muss sich natürlich fragen, nach welcher Prioritätenliste diese Ziele abgearbeitet worden sind. Dann, ob die Angriffe die Ziele auch getroffen haben und wie stark sie beschädigt wurden.

Das wissen die USA wahrscheinlich nur von Satellitenaufnahmen und von den hochfliegenden Aufklärungsdrohnen, soweit diese nicht (bisher wahrscheinlich 9) vorher abgeschossen wurden.

Interessant ist, was die UN, Stand vermutlich 26. oder 27. März, zu den getroffenen Zielen aussagen: Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden im Iran 82.000 zivile Gebäude beschädigt, wovon etwa 180.000 Menschen betroffen sind.

Woher die UN das wiederum weiß? Vermutlich vom Iran.

Zwischen 10.000 Zielen und 82.000 getroffenen zivilen Gebäuden besteht ein gewisser Widerspruch, unterstellt man, dass es sich bei legalen Zielen durchweg um militärische Ziele handeln sollte.

Sei es, wie es sei.

Der Iran schießt immer noch zurück. Die Straße von Hormus ist immer noch geschlossen. Die Versorgung der Welt mit fossilen Energieträgern ist um etwa 20 Prozent eingebrochen. Mit jedem weiteren Kriegstag und mit jeder weiteren iranischen Rakete, die ihr Ziel trifft, wird sich der Verlust an Förder- und Verarbeitungskapazität an jene 20% annähern, die anfänglich nur durch die Blockade des Seewegs zustande gekommen waren. Dadurch rückt die Wiederherstellung der Vollversorgung in weite Ferne. Alleine die Reparatur der Anlagen zur Gasverflüssigung in Katar soll drei bis fünf Jahre dauern.

Die 80% Welt

Das Energiegeschäft ist international und überschreitet die Blockgrenzen. Niemand ist vor den Auswirkungen sicher, ob er nun über eigene Ressourcen verfügt oder nicht, weil die Verteilung der knappen Güter weltweit über den Preis erfolgt. Dummheiten, wie die Russland-Sanktionen der EU, sorgen allenfalls dafür, dass das Preisniveau außerhalb der EU etwas niedriger, innerhalb deutlich höher ausfallen wird.

Da immer noch unklar ist, wie weit die Zerstörungen an der Öl- und Gas-Infrastruktur im Nahen Osten noch fortschreiten werden, bevor es zu einem dauerhaften Waffenstillstand kommen wird, bleibt heute nur eine grobe Abschätzung zur Reduktion des Angebotes übrig. Ich schlage vor, von einem 20 prozentigen Verlust bei Waffenstillstand im Laufe des April auszugehen.

Dieser Verlust wird voraussichtlich im Laufe der nächsten vier Jahre schrittweise durch Reparaturen, aber auch durch die Erschließung neuer Quellen wieder ausgeglichen werden können

Optimisten werde den Verlust und den notwendigen Zeitraum zur Wiederherstellung der Kapazität etwas niedriger einschätzen, Pessimisten etwas höher. Es muss jeder seinen eigenen Informationen und seiner eigenen Intuition folgen.

Nun zu den brutalen Wahrheiten.

20 Prozent Verlust an den verfügbaren Mengen von Öl und Gas werden die Weltproduktion alleine wegen des Rohstoffmangels um rund 10 Prozent sinken lassen. Das ergibt ein einziger Blick auf den Welt-Energie-Mix:

Energiequelle	Vor dem 28.2.26	Nach dem 1.4.26
Erdöl	30 %	24 %
Erdgas	23 %	18 %
Kohle	28 %	28 %
Erneuerbare	14 %	14 %
Kernenergie	5 %	5 %
Summe	100 %	89 %

Dieser Effekt auf die Produktion ergäbe sich auch dann, wenn sich die Weltmarktpreise für Öl und Gas nicht verändern würden.

Betroffen sind dabei jedoch nicht nur jene Wirtschaftsbereiche, in denen Erdöl und Erdgas thermisch verwertet werden, sowie Verkehr und Heizung.

Mindestens ebenso schwerwiegend fällt das Problem da aus, wo Öl und Gas und deren Derivate als Rohstoffe eingesetzt werden.

- Chemie und Düngemittelindustrie werden schwer getroffen, weil deren Abhängigkeit bei bestimmten Produkten nahe an 100 % heranreicht, wenn Gas sowohl als Rohstoff als auch als Lieferant der notwendigen Prozesswärme eingesetzt wird.
- Helium, als „Abfallprodukt“ bei der LNG-Herstellung ist unverzichtbar in der Chip-Industrie,
- Schwefel, als Basis für Schwefelsäure wird in der Metallurgie benötigt.
- Letztlich wird sogar der Straßenbau betroffen, weil der Asphalt nun einmal Teer benötigt, der wiederum in den notwendigen Mengen nur bei der Raffination von schweren Ölen anfällt. Leichtes Rohöl aus Texas und Mexico ist dafür weniger geeignet.

Es ist zu erkennen, dass unterschiedliche Branchen unterschiedlich stark betroffen sein werden, wenn der Weltmarkt die benötigten Mengen nicht mehr hergibt. Es ist zu befürchten, dass diese stark unterschiedlichen Wirkungen im Rahmen der gesamten Prozess- und Lieferketten auch zu Produktionseinschränkungen da führen werden, wo keine originäre Abhängigkeit besteht.

Dies ist - immer noch vollkommen unabhängig von Preis- und Verteilungskämpfen - die unweigerlich eintretende Folge der Knappheit.

Selbst wenn die Staaten auf sämtliche Abgaben auf Öl und Gas verzichten würden, oder den Öl- und Gaspreis für die Verbraucher staatlich festsetzen sollten, ändert das nichts an der Knappheit und dem daraus zwangsläufig folgenden, weltweiten Produktionseinbruch.

Der weltweite Produktionseinbruch wird sich aber nicht so vollziehen können, dass alle Unternehmen schlicht 10 % weniger produzieren, dass die Wohnungen um 10 % weniger beheizt werden und die Lkw-Flotten der Speditionen 10 % weniger Kilometer zurücklegen.

Die Ausfälle werden sich, je nach Abhängigkeit, zunächst sehr unterschiedlich auswirken, an einer Stelle gar nicht, an anderer Stelle unmittelbar vernichtend, wie nach einem Raketeneinschlag. Im Laufe der Zeit werden die Lücken in den Lieferketten allerdings dazu führen, dass sich das Problem auch über die direkt Betroffenen hinaus stark ausweitet.

Schon heute gibt es massive Auswirkungen zum Beispiel in Australien, wo Benzin und Diesel praktisch nicht mehr verfügbar sind, oder in Thailand, wo es die Preise an den Tankstellen sind, die zu Einbrüchen bei der Mobilität und der Wirtschaftsleistung führen.

Ein deutlicher Rückgang von Produktion und Umsatz ist allerdings vollkommen ausreichend, um selbst kerngesunde Unternehmen in die Insolvenz zu treiben, weil ein Gewinn erst entsteht, wenn der Umsatz alle anfallenden fixen und variablen Kosten übersteigt, was immer erst ab einer Mindest-Produktions- und Verkaufsmenge möglich ist, die ab einem Rückgang um ca. 20 Prozent kaum noch erreicht werden kann. ([Hier ausführlicher erklärt](#))

Wer überleben will, muss als Nachfrager bereit sein, in einen Bieterwettbewerb um das knappe Gut einzusteigen, und darauf vertrauen, dass er die unvermeidliche Preissteigerung seiner Produkte an seine Kunden weitergeben kann.

Zur Knappheit kommen also die steigenden Preise hinzu, was zu einer schnellen und radikalen Auslese unter den Unternehmen führen wird. Die Gewinner zahlend die hohen Preise, lasten ihre Kapazitäten aus und befriedigen die Nachfrage auf ihrem Markt bei einem deutlich gesunkenen Gesamtproduktionsvolumen gegenüber der Vorkriegszeit.

Verlierer geben das Geschäft auf, stellen die Produktion ein, und wer zu lange optimistisch bleibt, wird Insolvenz anmelden müssen.

Dies ist jedoch nur die erste Runde.

In der zweiten Runde treten weitere Verwerfungen auf, die sich aus der Verschiebung der Konsumentenkaufkraft ergeben. Die von der Knappheit von Öl und Gas ausgelösten Preissteigerungen treffen alle Konsumenten über steigende Strompreise, steigende Kosten für die Heizung und für den Verkehr. Unter der schwierigen Wirtschaftslage ächzende Unternehmen werden nicht in der Lage sein, über Lohnerhöhungen einen Ausgleich zu schaffen.

Zugleich sind Lebensmittel und alle Waren des täglichen Bedarfs ebenfalls teurer geworden. Die Ausgaben der Konsumenten konzentrieren sich also auf das Unvermeidliche und das Notwendige, während leicht Verzichtbares deutlich weniger gefragt wird und aufschiebbare Anschaffungen aufgeschoben werden.

Die Rückwirkung auf die Produktion wird schnell sichtbar. Weitere Unternehmen, die sich fernab von jeglicher Abhängigkeit von Öl und Gas wähnten, geraten in schweres Wasser, streichen Stellen oder geben gleich auf.

Die dritte Runde führt zu einer weltweiten Konsolidierung

Weil die Schadensbehebung auch nach dem Ende des Krieges Jahre dauert, ist es zunächst uninteressant, wer gewinnt und wer die Kontrolle über den Golf übernimmt, ob es die USA sein werden, oder Russland. Darauf kommt es erst an, wenn die Quellen wieder sprudeln.

Vorerst wird weltweit versucht werden, den Schaden für die jeweilige nationale Wirtschaft zu begrenzen. Das bedingt einerseits Maßnahmen zur Sicherstellung der eigenen Energieversorgung, andererseits den Versuch, trotz gesunkener weltweiter Kaufkraft, die eigenen Exporte einigermaßen stabil zu halten.

Das Dilemma:

Wer im Kampf um Öl und Gas gewinnt, wird mit den Verlierern im Kampf um die Ressourcen kaum noch Geschäfte machen können, weil diesen mit der Energie letztlich auch das Geld für Importe ausgehen wird.

Dies ist in erster Linie das Dilemma der USA. Hier könnten zur Sicherstellung der Energieversorgung die Ausfuhren von Öl und Gas einer staatlichen Regulierung unterworfen werden, die möglicherweise bis hin zu einem vollständigen Ausfuhrverbot reichen könnte.

Betroffen wäre neben Südamerika in erster Linie Europa, das sich gerade eben erst entschieden hat, seine sowieso schon bestehenden Energielücken mit LNG aus den Fracking-Feldern der USA zu stopfen.

Die eigenen [Quellen der EU + GB](#) reichen bei Weitem nicht aus, um den Bedarf an Öl und Gas zu decken. Ein weitgehender und lange anhaltender Ausfall der Lieferungen aus dem Golf und Einschränkungen bei den Lieferungen aus den USA, verursachen eine beispiellose Wirtschaftskrise, in der zudem noch erhebliche Teile der Exporte wegbrechen, weil die Exportgüter aufgrund des Energiemangels teils gar nicht mehr produziert, teils nicht mehr kostendeckend angeboten werden können.

Sollten die USA sich genötigt sehen, die Lieferungen an die EU einzustellen, wäre das womöglich der letzte Nagel am Sarg der NATO.

Trump pokert sowieso schon mit dem Ausstieg und stellt krude Behauptungen auf, um die übrigen NATO-Staaten zu diskreditieren, erhofft sich davon allerdings nur, dass die „Schutzsuchenden“ sich nur noch enger um ihn scharen.

Die Europäer lernen aber allmählich, dass auf die transatlantische Freundschaft immer nur so viel Verlass ist, wie ihre Erhaltung im Interesse der USA liegt. Die explizite Verweigerung der Gefolgschaft im Iran-Krieg zeigt, dass der Poker nicht mehr so einseitig ist, wie bislang angenommen. Trumps Spruch, er brauche die NATO nicht, in Verbindung mit ausbleibenden Lieferungen von LNG, könnte den Knackpunkt darstellen, an dem das Bündnis zerbricht – mit verheerenden Folgen für die US-Rüstungsindustrie.

So richtig es ist, nach der Wiederaufnahme des Öl- und Gasbezugs aus Russland zu rufen – Russland wird gar nicht mehr in der Lage sein, die geforderten Mengen zu liefern. Das liegt nicht nur daran, dass wesentliche Exportströme bereits vor dem Krieg in Richtung Asien umgeleitet wurden,

und diese Lieferungen durch den kriegsbedingten Ausfall der Quellen am Golf sogar noch ausgeweitet werden müssen, sondern auch daran, dass gerade in den letzten Wochen Angriffe der Ukraine auf wichtige Energieanlagen (Pipelines, Raffinerien) Russlands stattgefunden haben, die nach schweren Schäden in Noworossiysk zuletzt das Ölverladeterminal [Ust-Luga](#) nahe St. Petersburg in Brand gesetzt haben. Auch die Schiffe der so genannten Schattenflotte sind nicht sicher und werden entweder geentert und beschlagnahmt oder gleich beschossen. Heißt: Selbst wenn Russland die Produktion seiner Felder steigern könnte, sind die Möglichkeiten die Produkte zu den Abnehmern zu transportieren eingeschränkt – und zwar bereits bis zu 40 Prozent.

Von China heißt es, es habe große strategische Reserven und sei weniger auf kontinuierlichen Nachschub angewiesen. Das mag durchaus so richtig sein und im besten Fall bis zur Wiederherstellung einer Vollversorgung das Land am Laufen halten – aber was ist mit den Exporten? Das ist m.E. die Achillesferse der Chinesen. Wenn die Exporte stark einbrechen, weil die Kaufkraft der Abnehmer von der Teuerung vom Markt genommen wird, hat auch die chinesische Wirtschaft stark zu kämpfen.

Ziel erreicht?

In der eigenen Energieversorgung theoretisch autark, die Hand auf den Ölreserven Venezuelas, und den Rest der Welt von rund 20 Prozent der bisherigen Versorgung abgeschnitten, das kann aus Sicht der US-Strategen schon als ein schöner Erfolg betrachtet werden.

Wäre da nicht unglücklicherweise die Aussicht, dass der ganze Effekt nur wenige Jahre anhalten wird. Das wäre nicht schlimm, wenn die Golf-Staaten weiterhin – und der Iran nun zusätzlich – unter amerikanischer Oberherrschaft stünden, aber dazu müsste der Krieg „irgendwie“ gewonnen werden.

Wer schon länger bei mir mitliest, weiß, dass ich mich regelmäßig kringelig gelacht habe, wenn jemand davor warnte, der Russe würde mit hunderten von Panzern durch die Suwalki-Lücke nach Westen durchstoßen, und dass ich ebenso des Öfteren darauf hingewiesen habe, dass große Schiffe im Grunde nur noch große, schwerfällige und leicht zu treffende Ziele sind.

Sollte es je zu einem großen militärischen Schlagabtausch kommen, würden die Flugzeugträger als erstes versenkt, wichtige Militärbasen, wie z.B. Ramstein in der Pfalz, würden am ersten Tag von der Erdoberfläche verschwinden, ohne dass auch nur ein Soldat einer der beteiligten Nationen oder Bündnisse die Grenze des eigenen Gebiets überschreiten müsste. Panzer kämen erst dann zum Einsatz, wenn nach der Kapitulation des Unterlegenen nur noch mögliche letzte Widerstandsnester aufgespürt und bekämpft werden müssen.

Die Ära dieser neuen Art der Kriegsführung hat jetzt begonnen. Im Ansatz schon in der Ukraine, in voller Blüte aber erst vorgeführt vom Iran.

Ein Kriegsende wird es nicht erst geben, wenn der Gegner im herkömmlichen Sinne besiegt, unterworfen, besetzt ist, sondern schon dann, wenn ihm der Nachschub an Raketen ausgeht. Ähnliches hat sich ganz am Ende des Zweiten Weltkriegs bereits angedeutet, als für Panzer und Flugzeuge weniger die Besatzungen und die Munition fehlten, sondern der Treibstoff.

Jetzt aber reduziert sich der Krieg auf die materielle Überlegenheit im Einsatz.

„Im Einsatz“ bedeutet, dass materielle Überlegenheit zwar insgesamt gegeben sein kann, und die USA mit ihren gut 900 Basen in 70 ausländischen Staaten haben diese Überlegenheit längst auf die Spitze getrieben, dass diese Überlegenheit aber auch da ausgespielt werden muss, wo gekämpft wird.

Es hat sich im Verlauf des aktuellen Krieges gezeigt, dass die USA gewisse Schwierigkeiten haben, ihre weltweite Überlegenheit im konkreten Einsatz auch auszuspielen. Hier hat sich ein vielschichtiges logistisches Problem gezeigt, das besondere Beachtung verdient.

Um es ganz deutlich zu machen:

- Der Iran ist mit seinen Raketen nicht in der Lage, New York, Washington, Dallas oder Houston zu erreichen.
- Die USA wären hingegen durchaus in der Lage, von zu Hause aus mit ihren Raketen Teheran zu treffen. Damit beim Start einer Interkontinentalraket ein einigermaßen akzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis erwartet werden kann, müsste diese jedoch einen Atomsprenghkopf tragen – wofür diese Raketen auch vorgesehen sind.

Wird die Auseinandersetzung jedoch niedrighschwellig geführt, müssen Waffen geringerer Reichweite nahe ans Ziel herangeführt werden.

Da war lange vorgesorgt, die Militärbasen am Golf waren ja vorhanden – nur befanden die sich eben auch in Reichweite der iranischen Raketen und Drohnen – und entsprechend sieht es dort inzwischen auch aus.

Ich denke, wir können getrost davon ausgehen, dass dort nicht nur Büros und die Kantine getroffen wurden, auch wenn sich die Berichterstattung darauf beschränkt, davon zu erzählen, dass die Soldaten inzwischen in Hotels untergebracht sind, wo sie nicht nur schlafen, sondern – unter leichten Einschränkungen - auch arbeiten.

Gerade in Bahrain soll es eine gigantische Versorgungseinheit gegeben haben, die von der Navy (5. Flotte) nicht nur für Wartung und Reparaturen angesteuert wurde, sondern auch um Nachschub aller Art, auch Treibstoff und Munition aufzunehmen.

Dass wir nicht wissen, wieviel davon noch existiert, spielt eigentlich keine Rolle, denn Bahrain liegt innerhalb des Persischen Golfes und so lange kein US-Schiff die Straße von Hormus passieren kann, liegt der ganze Schotter dort einfach nutzlos herum.

Während der Iran zwischen seinen Waffenproduktionsstätten und den Stationierungsorten nur vergleichsweise kurze Strecken auf eigenem Staatsgebiet zu bewältigen hat, müssen die USA tausende von Seemeilen bewältigen, um das benötigte Material an den Einsatzort zu bringen.

Das Dilemma der US-Trägerkampfgruppen, die sich nach den ersten Attacken des Iran weit in den Indischen Ozean zurückgezogen haben, ist nur eine andere Nuance des logistischen Problems, das man zu einem Teil durch Luftbetankung der Kampfflugzeuge natürlich lösen kann, vorausgesetzt man hat ausreichend Tankflugzeuge zur Verfügung. Die wiederum befinden sich auf ihren Flugplätzen in Reichweite iranischer Waffen und wurden bereits erheblich dezimiert.

Haben die den Träger begleitenden Zerstörer allerdings ihre Abfangraketen verschossen, muss ein Depot angelaufen werden. Weil man den Träger nicht alleine lassen kann, muss die gesamte Kampfgruppe für einige Tage aus der Region verschwinden. Ziel, weil sonst nichts in der Nähe erreichbar, ist die Insel Diego Garcia – 3.500 km vom Einsatzort entfernt. Für Hin- und Rückfahrt fünf Tage, + Liegezeit, ergibt eine Woche Abwesenheit vom Einsatzgebiet.

Das alles ist nicht erfreulich.

Von daher ist der Wunsch nachvollziehbar, das, was man im Luftkrieg einfach nicht auf die Reihe bekommt, nun mit Bodentruppen zu vollenden.

Nach der These: Der Krieg ist dann zu Ende, wenn einer Seite die Raketen ausgegangen sind, wäre es für die USA eigentlich an der Zeit, den Rückzug anzutreten. Ausgegangen sind zwar nicht die Angriffswaffen, jedenfalls noch nicht vollständig, wohl aber die Luftabwehrraketen. Da wird aktuell versucht, irgendwie noch Nachschub von anderen Basen und von den Streitkräften befreundeter Staaten zusammenzukratzen, doch das Problem wird bleiben, bestenfalls gemindert oder für kurze Zeit verschoben.

Dass die USA nicht den Rückzug antreten liegt m.E. in der Hauptsache daran, dass in Israel ebenfalls große Lücken in der Luftverteidigung entstanden sind und immer häufiger iranische Raketen durchkommen und vermutlich empfindliche Schäden verursachen.

Die Nachrichtensperre verhindert tiefere Einblicke. Aber die Annahme, dass die Weiterführung des Krieges in der Hauptsache nur noch dazu dient, Israel vor der Vernichtung zu bewahren, drängt sich auf.

Wenn man aber nicht mehr in der Lage ist, feindliche Schläge im vertretbaren Umfang abzuwehren, muss der Feind daran gehindert werden, weitere Schläge auszuführen. Dies ist bisher, trotz der 10.000 angegriffenen Ziele nicht gelungen. Also sollen es jetzt Bodentruppen richten.

Aus meiner bescheidenen Sicht ist das ein von der ersten Stunde an vollständig zum Scheitern verurteilter Ansatz.

Aufzuzählen und zu begründen, was alles nicht funktionieren kann, erübrigt sich. Eine etwas intensivere Beschäftigung mit [Google Maps](#) genügt, um festzustellen, dass Bodentruppen weder von See, noch von Land her in den Iran gebracht werden können, solange die iranische Armee noch über Waffen und Munition verfügt.

Auch ein Luftlandeunternehmen wäre ein reines Himmelfahrtskommando. Noch nicht einmal das Überraschungsmoment wäre auf Seite der Angreifer. Aber vielleicht haben die US-Strategen ja ein Schlüsselloch gefunden, mit dem sie die Tür zum iranischen Festland öffnen wollen. Lassen wir uns überraschen.

Die Delle in der Weltwirtschaft

Unter den hier getroffenen Annahmen

- wird die Weltwirtschaftsleistung 2026 um etwa 1,5 bis 2 Prozent, 2027 um 2 bis 2,5 Prozent sinken und sich ab 2028 wieder zu erholen beginnen.
- Die Inflation wird, je nach wirtschaftlichen Vorerkrankungen der Währungsräume, unterschiedlich stark ansteigen, im Mittel um etwa 4 Prozentpunkte.
- Konzerngewinne werden – inflationsbereinigt – deutlich sinken.
- Ein allgemeiner Rückgang der Aktienkurse wird mit erheblichen Umschichtungen einhergehen, wobei Energieaktien ebenso gewinnen, wie die von Unternehmen mit weitgehender Energieunabhängigkeit.
- Inflation und negative Konjunkturerwartungen bei erhöhtem Liquiditätsbedarf werden, weitgehend unabhängig von den Zinsentscheidungen der Zentralbanken, über die nächsten 24 Monate einen deutlichen Anstieg der Marktzinsen nach sich ziehen.



Europa

Orban stürzen

Einer gegen alle. Das ist die quasi offizielle Darstellung. Orban, der Spielverderber, Orban der Erpresser, Orban der Außenseiter, Orban, der seine Versprechen nicht hält ...

Wenn man den Fall Orban nicht unter dem Aspekt des Gruppenzwangs betrachtet, der hier sicherlich ausgeübt wird, sondern einfach nur nüchtern und vorurteilsfrei analysiert, was ihm eigentlich vorzuwerfen sei, dann wird das Urteil lauten:

Es ist keine böse Absicht. Er hat nur noch immer nicht verstanden, was die EU ist und wozu sie geschaffen wurde.

Er hat wohl auch nicht verstanden, dass Teile des Regelwerks der EU zwar im Schaufenster stehen, damit Politiker etwas in der Hand haben, um gegen Kritiker zu argumentieren, dass es aber nie die Absicht war, diese Teile des Regelwerks aus dem Schaufenster in die Realität zu entlassen.

Man ist davon ausgegangen, dass man sich einig sein wird, und dass Einigkeit über Kompromisse und ggfs. über finanzielle Wohltaten jederzeit hergestellt werden kann. Dass sich ein Mitgliedsstaat jemals darauf berufen würde, EU-Beschlüsse verhindern zu dürfen, weil das Prinzip der Einstimmigkeit ja keine Verpflichtung darstelle, sondern das genaue Gegenteil gewähren sollte, war nicht vorgesehen.

Aber es waren Regeln, wie die Einstimmigkeit in Fällen Entscheidungsfällen, wie auch die Maastricht-Kriterien, das Bail-Out-Verbot, die Sicherung der Außengrenzen nach den Schengen-Regeln, das Verbot der Schuldenaufnahme durch die EU, und anderes mehr, die erforderlich erschienen, um warnende Stimmen zum Schweigen zu bringen, als die Verträge erst noch zu unterschreiben waren.

Vollkommen nüchtern und wertfrei betrachtet, muss heute konstatiert werden, dass die EU inzwischen die Staatlichkeit ihrer Mitglieder aufgesaugt hat und faktisch selbst zum zentralistisch organisierten Staat nach französischem Vorbild geworden ist.

Die Reste der Souveränität der Mitglieder bleiben weit hinter den Resten der Souveränität der Bundesstaaten der USA zurück. Selbst der deutsche Föderalismus, bevor er durch die EU untergraben wurde, gab Bayern gegenüber dem Bund mehr Eigenständigkeit als Deutschland sich heute gegenüber den Zentralorganen der EU an Eigenständigkeit noch bewahrt hat.

Gegründet eher in Form einer Genossenschaft, von der sich die Mitglieder durch Bündelung der Einkaufsmacht ebenso Vorteile versprechen, wie von einem gemeinsam organisierten Vertrieb und einem Maschinenring, ist es dem Vorstand dieser Genossenschaft gelungen – vorgeblich zum Nutzen aller – die Spezialisierung der Mitglieder voranzutreiben, was deren Autarkie und Autonomie deutlich schwächte, und immer mehr gemeinschaftliche Regeln aufzustellen, die immer weniger mit dem eigentlichen Zweck der Genossenschaft zu tun hatten, gegen die zu verstoßen jedoch spürbare Sanktionen nach sich zog. Am Ende – und das ist seit einigen Jahren erreicht – war die Genossenschaft von der dienenden Struktur zum alleinigen Herrn im Hause geworden, die sich der Kontrolle der Mitglieder weitgehend entzogen hatte.

Von dieser Faktenlage aus betrachtet, ist das Verhalten Ungarns gegen die Interessen des Zentralstaats gerichtet. Von daher ist es nur folgerichtig, dass die EU alles getan hat, um für die bevorstehenden Wahlen einen eigenen Kandidaten aufzubauen und in Szene zu setzen, von dem man sicher sein kann, dass er Ungarn auf einen stromlinienförmigen EU-Kurs bringen würde. [Die Tagesschau](#) berichtet hoffnungsfroh.

Es drängt sich der Gedanke an die letzten Wahlen in Rumänien förmlich auf. Dort wurde bekanntlich der – wie Orban – russlandfreundliche Wahlsieger abserviert, mit der Begründung, es habe ausländische Einmischung in die Wahlen gegeben. Damit war Rumänien übrigens als Stützpunkt für den Krieg, den die EU in der Ukraine gegen Russland führt, gesichert.

Welches Ergebnis die Auszählung am 12. April in Budapest bringen wird, ist schwer vorherzusagen.

Ich rechne damit, dass Orban sich noch einmal auf den Rückhalt der Bevölkerung stützen kann und – wenn auch knapp – gewinnen wird.

Dem dürften dann wochenlange Protestdemonstrationen folgen, die Orban und seiner Fides-Partei massiven Wahlbetrug vorwerfen. Darauf sinnvoll zu reagieren ist kaum möglich. Jeder Versuch, die Proteste niederzuschlagen, wird den Aufruhr nur steigern und womöglich Märtyrer hervorbringen, während stillschweigendes Ignorieren den Verdacht, es habe tatsächlich Wahlbetrug gegeben, die Proteste, nur verstärken und zum Dauerzustand machen wird.

Sollten dann, ggfs. mit Hilfe der Gerichte, Neuwahlen erzwungen werden, wird die EU wieder einmal einen Kritiker aus dem Weg geräumt haben.

EU – Geheimdienst

Davon stand in der Gründungssatzung der Genossenschaft auch nichts geschrieben. Da sich die EU aber inzwischen als Staat versteht und als Staat agiert, ist ein Geheimdienst zwangsläufig erforderlich.

Die guten Argumente sind auf der Seite der Kommissionspräsidentin. Kritik daran lässt sich abschmettern, weil ja wieder erst einmal mit dem guten und für alle nützlichen Genossenschaftsprinzip argumentiert wird. Der Krieg in der Ukraine und der Krieg am Golf erfordern umfassende, aktuelle Lagebilder. Trump droht damit, die NATO zu verlassen und den Austausch von Geheimdienstinformationen mit den Europäern einzuschränken.

Außerdem soll ja nur *das* zentral zusammengeführt werden, was die Dienste der Mitgliedsstaaten wissen oder vermuten. Natürlich muss dafür eine Stabsabteilung geschaffen werden, und natürlich da, wo die frühzeitige Information über das Weltgeschehen am wichtigsten ist, nämlich bei der Kommissionspräsidentin.

Tatsächlich aber handelt es sich nur um einen weiteren Schritt zur irreversiblen Installation des Zentralstaates EU, und im Endeffekt auch um eine Stärkung der Rolle des jeweiligen Kommissionspräsidenten bzw. akut um

die Stärkung der Macht Ursula von der Leyens gegenüber allen anderen Kommissaren.

Wer den Geheimdienst beherrscht, hat alle anderen in der Tasche. Dass es EU-Dienste im Bereich der Außenbeauftragten Kallas bereits gibt, die durchaus ebenfalls gestärkt werden könnten, um das vorgegebene Ziel zu erreichen, ist eher eine störende Randerscheinung. Leicht vorhersagbar, dass es diesen Europäischen Auswärtigen Dienst zumindest in seiner bisherigen Form bald nicht mehr geben wird.

Ist der EU-Geheimdienst nämlich erst einmal aus dem Bereich der Außenbeauftragten herausgelöst, wird es einfacher sein, die Auslandsspionage um einen EU-weit operierenden Inlandsgeheimdienst zu ergänzen, der eben nicht nur Erkenntnisse der nationalen Dienste auswerten und zusammenführen wird, sondern eigenständig, unabhängig und unkontrolliert von den Mitgliedsstaaten Nachrichtenbeschaffung betreiben und ggfs. operative Aufgaben wahrnehmen wird.

Aufklärung und Niederhaltung EU-kritischer Opposition dürfte dabei im Vordergrund stehen. Voll in diesem Trend auch das folgende Thema:

Chatkontrolle

Wenn es die Daten schon gibt, dann muss der Staat auch darauf zugreifen können. Und wo es riesengroße Haufen von Daten gibt, dann müssen die doch von den Betreibern der Medien für den Staat nach staatlich vorgegebenen Kriterien durchgesehen und die Verdachtsfälle übermittelt, Inhalte gelöscht, Reichweiten beschränkt werden, usw., weil die Kinderpornografie doch so viel Leid schafft.

Selbstverständlich muss daher auch ausgeforscht werden, was in so genannten Chatgruppen alles so ausgetauscht wird, weil sonst die Kinderpornografie nicht wirksam bekämpft werden kann.

Bisher war das so gelaufen, dass die EU den Chatdiensten ausnahmsweise „erlaubt“ hatte, unter Bruch der EU-Datenschutzregeln, „freiwillig“ nach strafbaren Inhalten zu suchen und diese ebenso freiwillig zu melden.

Dummerweise hatte man diese Ausnahmeregelung zeitlich befristet, um sie danach durch ein entsprechendes Gesetz von der Ausnahme zur regulären Pflicht zu machen.

Das mit dem Gesetz hat sich hingezogen. Die Ausnahmeregelung hätte daher verlängert werden müssen, und, wie es der Zufall so will, für die Verlängerung hätte man die Zustimmung des EU-Parlaments benötigt.

Das EU-Parlament durfte dann auch mehrfach darüber abstimmen. In der letzten und vorläufig entscheidenden Abstimmung wurde die Verlängerung der Ausnahmeregel mit einer einzigen Stimme Mehrheit abgelehnt.

Soweit die Information zur Sache.

Skandalös dabei, dass die ablehnenden Parlamentarier eine Art Querfront gebildet hatten. Der Antrag, die Verlängerung abzulehnen, war von den Grünen gestellt worden. Er fand Unterstützung bei Liberalen, Sozialdemokraten und Linken. Das hätte aber für die Mehrheit nicht gereicht. Dafür sorgten die von der deutschen AfD ins EU-Parlament entsandten Abgeordneten, die 14 Stimmen zum Erfolg des Antrags der Grünen beisteuerten.

Die Debatte um den Zustand der Brandmauer schlug in Deutschland zeitweise höhere Wellen als die Debatte um die Chatkontrolle selbst.

Man sollte diese Abstimmung aber keinesfalls überbewerten. Sie hat keinen Einfluss auf die politische Szene und die Stabilität der Brandmauer in Deutschland.

Wessen Krieg?

Interessant scheint mir, wo die Bruchkante zwischen den Interessen der EU und den Interessen Israels und der USA derzeit verläuft.

Am Skript für den Krieg gegen den Iran wird seit Jahrzehnten geschrieben. Spätestens als die USA vor 25 Jahren verkündeten, sie wollten sieben Länder in fünf Jahren plattmachen, hätten auch die Europäer aufhorchen müssen. Diese sieben Länder waren Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran.

Die Sache mit den fünf Jahren hat sich etwas hingezogen, aber doch laufend Fortschritte gemacht. Dass der Iran irgendwann drankommen würde, stand außer Zweifel. Es war also ausreichend Zeit gewesen für die Europäer, sich zu positionieren und im Kriegsfall eine lange vorher festgelegte Rolle zu übernehmen.

Es ist für mich kaum vorstellbar, dass die große strategische Linie der USA nicht mit den Verbündeten kommuniziert worden sein soll, dass Angriffspläne auf den Iran nicht auf NATO-Ebene immer wieder vorbesprochen und aktualisiert wurden, so, wie dies zweifellos während der Vorbereitungen auf den letztlich von den USA und der EU gemeinsam provozierten Krieg in der Ukraine auch geschehen sein muss.

Trotz allen Klimageschwafels und dem Getöse der Dekarbonisierungs-Posaunen war doch immer klar, dass die Welt insgesamt und die Industrienationen im Besonderen noch für sehr lange Zeit auf Öl und Gas aus dem Nahen Osten angewiesen sein werden.

Das hätte nach meinem Verständnis bedeuten müssen, dass die EU sich durch mehr als nur symbolische Aktivitäten an diesem Krieg hätte beteiligen müssen, wollte sie sich ein Anrecht auf weitere Lieferungen aus der Golfregion verdienen, sollten dort die Besitzrechte nach dem Krieg neu ausgehandelt werden.

Die Enttäuschung Trumps, als er erst öffentlich um ein paar Schiffe aus der EU bitten musste, was schon außergewöhnlich war, um dann zu hören: „Das ist nicht unser Krieg. Wir wurden ja nicht einmal informiert“, war nach meiner Einschätzung nicht gespielt. Nicht einmal die Franzosen, die sonst immer vorne mit dabei sind, eilten zu Hilfe.

Das dahinter stehende Kalkül erscheint höchst rätselhaft.

War es eine plumpe Anti-Trump-Verschwörung, vielleicht auch die Reaktion auf das Ende der US-Unterstützung für die Ukraine?

Das wäre doch einfach nur dumm und Ausdruck kleinlicher Rachegefühle. Auch wenn ich keine allzu hohe Meinung von den Verantwortlichen habe, solche Regungen sollten sie doch aus Eigeninteresse unterdrücken können.

War es die Sorge, mit den USA im Persischen Golf unterzugehen, verbunden mit der Angst, der Iran könnte in den EU-Staaten Terror-Zellen aktivieren oder gleich Hunderttausende Muslime protestierend auf die Straßen bringen?

Eher nicht.

War es die Sorge um Verluste?

Ein begrenzter militärischer Einsatz kann auch nur begrenzte Verluste hervorbringen. Dies würde man in Kauf nehmen, ließe sich damit der Beweis führen, ernsthaft an der Seite der Verbündeten zu stehen.

War es innenpolitische Vorsicht, aus Angst, wichtige Wählerstimmen zu verlieren, wenn man der latenten Israelfeindlichkeit im eigenen, linken Lager noch dadurch Vorschub leistet, dass man Israel, das nach Gaza nun gerade den Libanon plattmacht, auch noch hilft, den Iran zu besiegen?

Das wäre ein verständliches Argument, aber würde es ausreichen, wenn gleichzeitig die Sicherheit der Energieversorgung auf dem Spiel steht?

Am wahrscheinlichsten erscheint mir eine Kombination aus Angst vor innenpolitischen Verschiebungen und der Möglichkeit, Trump bei dieser Gelegenheit auch einmal ein Bein stellen zu können.

Wenn dem so wäre, hielte ich es für ein ausgesprochen peinliches Verhalten.



Deutschland

Frühling der Wahlverlierer

Die Schlacht um die Landtagswahlen in den beiden Bindestrich-Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist geschlagen.

In Baden-Württemberg hat es der CDU die erhoffte Stimmen-Ernte ver-Hagelt, was die Fortsetzung der Politik mit dem unveränderten Mittel eines grünen Regierungschefs ermöglicht, in Rheinland-Pfalz kam es zum schönsten denkbaren Ergebnis für eine klassische GroKo, nämlich Union vor SPD – und danach alle übrigen Parteien.

Wirklich verloren hat da niemand etwas.

Die Kontinuität im Weiterregieren ist gesichert. Der Rest ist Statistik.

Verlierer sind die Bürger der gesamten Republik, denn in Berlin ist jetzt quasi der Teufel los. Die kurze Frist bis zu den Wahlen im Osten muss genutzt werden, um schnellstmöglich die notwendigen Grausamkeiten zu begehen, damit sie in den dann anstehenden Wahlkämpfen im Osten schon wieder in Vergessenheit geraten sein werden.

Das Gute an den Landtagswahlen?

Drei Monate vorher, und bis zur Auszählung ist die Bundesregierung handlungsunfähig. Ach, hätten wir doch alle Vierteljahre ein Landtagswahl!

Grausamkeit 1

Die Mehrwertsteuer soll auf 21, vielleicht auch auf 22 Prozent erhöht werden. Wie meinte Herr Merz doch noch im Wahlkampf: Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Ergänzend meinte er, treuherzig dreinschauend, die Steuern wolle er nicht erhöhen.

Inzwischen will er nichts mehr ausschließen.

Grausamkeit 2

Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Die einstige Grundidee einer Steuergerechtigkeit, aus der die Steuerklassen I bis V entstanden sind, soll geschleift werden. Wie genau das geregelt wird, bleibt noch abzuwarten, jedenfalls werden Verheiratete, die beide berufstätig sind, und unterschiedlich hohe Gehälter beziehen, unter dem Strich stärker zur Kasse gebeten.

Der Witz dabei: Finanzminister Klingbeil behauptet, das würde keineswegs gemacht, um mehr Steuern einzunehmen, das sei allenfalls ein schöner Nebeneffekt. Nein. Es ginge darum, vor allem den Frauen die Möglichkeit zu geben, statt der Teilzeitjobs endlich in Vollzeit zu arbeiten.

Bisher ist es nämlich so, dass für die Familie unter dem Strich dann weniger Steuern anfallen, wenn der Unterschied zwischen den beiden Gehältern groß ist. Der Partner mit dem höheren Einkommen wird dann mit dem niedrigen Steuersatz der Klasse III belastet, während der Partner mit dem niedrigeren Einkommen in Klasse V zwar schnell in die höheren Sätze gerät, aber wegen des geringen Einkommens auch nur gering belastet wird.

Künftig soll das keine Rolle mehr spielen. Die steuerliche Erleichterung fällt weg. Die Frau muss mehr verdienen und darauf mehr Steuern zahlen, wenn das Nettoeinkommen der Familie gleich bleiben soll. Ob die Frauen das wollen, ob es die Vollzeitjobs überhaupt gibt, steht nicht zur Debatte.

Grausamkeit 3

Die kostenlose Mitversicherung von Familienmitgliedern ohne eigenes Einkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung soll wegfallen. Ob das nur die nicht selbst versicherungspflichtige Ehefrau, bzw. den Hausmann betrifft, oder auch die Kinder, ist mir noch unklar. Jedenfalls ist von einer Pauschale von 225 Euro pro Monat die Rede, die künftig zusätzlich fällig werden soll, wo der Versicherungsschutz bisher über die Prämie des Versicherten gewährt werden konnte.

Zu den Grausamkeiten 1 bis 3

Das Loch in den Staatsfinanzen hat inzwischen verheerende Dimensionen angenommen. Es gibt ein paar Erklärungen dafür, die über die „normale“ Teuerung hinausreichen.

- Das sind die laufenden Kosten für die Bewältigung der Migration und für den Unterhalt jener großen Zahl von Migranten, die über kein eigenes (legales) Einkommen verfügen. Ich weiß nicht, ob das irreversibel ist, aber das Verhalten der Politik legt dies nahe.
- Das sind zudem die laufenden Aufwendungen für den Krieg in der Ukraine, die sich im wesentlichen aus drei Posten zusammensetzen, nämlich aus der direkten deutschen Hilfe in Form von Geld, Waffen und Munition, aus dem deutschen Anteil aus den Hilfszahlungen der EU an die Ukraine und nicht zuletzt aus dem Aufwand für den Unterhalt der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die über kein eigenes Einkommen verfügen.
- Das ist aber auch der Zuwachs der Zahl der öffentlich Bediensteten, der sich massiv in den Personalkosten des Bundes auswirkt.

Entwicklungshilfe für die Raumfahrtnationen China und Indien sind ebenso wenig neu wie Entwicklungshilfegelder von fragwürdigem Nutzen an andere Staaten. Davon sollten also – bei nach wie vor hohem Steueraufkommen – keine neuen Löcher aufgerissen werden.

Die Kosten für die Aufrüstung sollten aus dem Sondervermögen für die Kriegsbereitschaft kommen. Kein Einfluss auf den regulären Haushalt.

Die Kosten für die Instandsetzung der vernachlässigten Infrastruktur sollen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klima kommen – ebenfalls kein Einfluss auf den regulären Haushalt.

Allerdings hört und liest man, dass die Sondervermögen den regulären Haushalt durchaus bereits entlasten, weil Gelder aus diesen Sondervermögen verwendet werden, um bereits geplante/verabschiedete Investitionen aus dem regulären Haushalt zu finanzieren, während die im regulären Haushalt dadurch freigewordenen Mittel zur Konsumfinanzierung verwendet werden.

Das Volumen an Mehreinnahmen, das sich aus den Grausamkeiten 1 bis 3 ergibt, wird ungefähr 50 bis 60 Milliarden Euro jährlich erreichen, wobei davon 30 bis 40 Milliarden Euro alleine auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer entfallen.

Das bedeutet, dass die Kaufkraft jedes einzelnen Bürgers, vom Baby bis zu Greis, monatlich um einen 50-Euro-Schein reduziert wird, den uns der Staat zusätzlich aus der Tasche ziehen will.

Der Iran-Krieg wird – vorsichtig geschätzt – noch einmal einen 50-Euro-Schein pro Monat kosten, weil Strom, Gas, Öl, Benzin und Diesel für lange Zeit sehr viel mehr kosten werden als bisher schon.

Der dritte 50-Euro-Schein wird dann beim Einkaufen fällig, wenn die Preise, für alle Waren und Dienstleistungen - über die Mehrwertsteuer-Erhöhung hinaus – um weitere drei bis vier Prozent anziehen, weil auch Hersteller, Handel und Dienstleister ihre Energiekostensteigerung an den Endkunden durchreichen müssen.

Grausamkeit 4

Aus Anlass eines Nicht-Anlasses, nämlich der zu überragender Bedeutung aufgeblasenen, inzwischen wie eine Seifenblase geplatzten Story der Dame Collien Fernandes über die angeblichen Machenschaften ihres Ex-Gatten Ulmen, hat unsere liebe Stefanie Hubig, Ministerin der Justiz, ein neues Gesetz aus der Schublade gezogen, das die Herstellung pornografischer Deepfakes (also per KI erzeugter Videos) ausdrücklich unter Strafe stellen wird.

Hierzu zweimal witzig:

- Pornos ohne KI-Nutzung, also mit echten Akteuren, bleiben meines Wissens straffrei – und –
- bei nicht pornografischen, KI-erzeugten Videos, Tonaufnahmen, Bildern, soll zumindest das Verbreiten unter Strafe gestellt werden.

Das ist ein weiteres Stück Kontrolle und Überwachung mit noch nicht überschaubaren Wirkungen, auch auf die Kunst- und Meinungsfreiheit. Frau Hubig betont zwar das Gegenteil. Es solle nur das, was wirklich ehrverletzend und erniedrigend ist, unter Strafe gestellt werden. Doch erstens sind solche Ankündigungen, wenn das Gesetz erst einmal in Kraft ist, im Zweifelsfall nichts mehr wert, und zweitens gibt es hinreichend gesetzlichen Schutz gegen ehrverletzende und beleidigende Inhalte.

Hat jemals jemand eines der Videos „[Zwerg Olaf](#)“ gesehen? Das dürfte unter die Vorschriften des neuen Gesetzes fallen, zumindest jedoch unter die Auslegungsmacht einer willigen Gerichtsbarkeit. Zu klären ist nur noch, ob ich das jetzt verbreite und mich damit strafbar mache, oder ob youtube demnächst löschen muss.

Grausamkeit 5

Renate Prien, ebenfalls Ministerin im Bund, hat gleich zwei Überraschungen. Beide für Kinder und Jugendliche. Solche, die krank oder sonst wie besonders förderungsbedürftig sind, werden mit einer Streichung in Höhe von 2,7 Milliarden Euro aus ihrem Etat bedacht. Begründung: Die Strukturen können nicht aufrechterhalten werden, wenn wir sie nicht zusammenstreichen.

Soweit dahinter ein klares, sachlogisches Konzept steckt, mit dem vermeidbare Kosten entdeckt und eliminiert werden, wäre dagegen ja gar nichts zu sagen. Die Befürchtung ist allerdings, dass erst die 2,7 Milliarden gestrichen wurden und dann so lange Leistungen gekürzt wurden, bis das Einsparziel erreicht war.

Die zweite Idee von Frau Prien betrifft Jugendliche ab 14 Jahren, die bisher in Begleitung Erwachsener in der Wirtschaft schon einmal ein kleines Glas eines nicht alkoholfreien Getränks zu sich nehmen durften. Das soll ganz verboten werden.

Ein wunderschönes Gesetz.

Jugendliche ab 14, viele auch schon ab 13 oder 12, machen ihre Erfahrungen mit Alkohol und anderen Drogen ganz ohne von Erwachsenen begleitet zu sein.

Das kann man verurteilen oder als Teil des Entwicklungsprozesses betrachten: Es war vermutlich schon immer so, seit die Brauereien und die Winzer und die Schnapsbrenner ihre Kreationen auf Flaschen gezogen und verkauft haben. Es gilt auch hier, je verbotener, desto attraktiver. Einziger Effekt: Die Bedienungen in der Gastronomie werden künftig einen Teil ihrer Arbeitszeit damit verbringen müssen, Ausweise zu kontrollieren.

Im Kampf gegen die Bürokratie eine durchweg kontraproduktive Idee.

Grausamkeit 6

Diese Grausamkeit trifft Carsten Schneiders Kabinettskollegin Reiche, die Freunde der noch windmühlenarmen Landschaften Süddeutschlands und alle Stromkunden.

Von vorne. Frau Reiche, die sich die „high-noon“ Geschichte zur Benzinpreissenkung ausgedacht hat, Sie wissen schon, Preiserhöhung an der Tanke nur noch ein Mal pro Tag um 12.00 Uhr, hatte noch eine zweite Idee, diese zur Senkung der Stromkosten.

Investoren in Erneuerbare Energien sollten nämlich bei neuen Anlagen künftig kein Geld mehr für jenen Strom erhalten, den sie gar nicht erzeugt haben, weil die Anlage zur Stabilisierung des Netzes vom Netz genommen werden musste.

Dies hat die Windbarone und Sonnenanbeter wohl in Scharen zu Herrn Schneider getrieben, mit der Bitte, doch dagegen etwas zu tun.

Hat er, der Herr Schneider. 2.000 neue Windräder will er fördern. Da, wo Deutschland am wenigsten windhöffig ist, nämlich in Bayern und Baden-Württemberg.

Laut Herrn Schneider würde der Strom damit nämlich endlich da erzeugt, wo er gebraucht wird. Was stimmt, falls Strom erzeugt wird.

Das wird in diesen Gebieten jedoch relativ selten der Fall sein. Weil Herr Schneider und die Windbarone das auch wissen, hat Herr Schneider versprochen, dass, wer dort ein Windrad errichtet, wo eher selten kontinuierlich Wind von einiger Stärke weht, einen kräftiger Zuschlag auf die normale Einspeisevergütung erhält, weil es sich sonst nicht lohnen würde. Wo aber etwas nicht lohnt, investiert ja keiner, und damit es sich wirklich und garantiert rentiert, hat Herr Schneider noch obendrein versprochen, dass selbstverständlich auch jene Kilowattstunden vergütet werden, die gar nicht produziert werden, weil, wenn mal der Wind richtig weht, die Netze den Strom gar nicht mehr aufnehmen können. Egal, was Frau Reiche dazu gesagt hat.

Übrigens:

Das gesamte Klimaschutzprogramm des Umweltministers Schneider, in dem auch diese 2.000 Windräder enthalten sind, umfasst einen Etat von 8 Milliarden Euro.

Viel Geld.

Noch mehr Geld, nämlich 8,7 Milliarden Euro, hat die BASF in die Hand genommen, um sich in China ein neues Werk zu bauen.

Da besteht kein unmittelbarer Zusammenhang, doch in der Zusammenschau beider Informationen wird das Bild vom Zustand Deutschlands in Wirtschaft und Politik plastisch erkennbar.

Ganz zum Schluss, frisch reingekommen:

Friedrich Merz, Kanzler der retrograden Irreversibilität, erklärte bei einem Kongress der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Wo denn sonst, im Bundestag hört ihm ja kaum jemand zu.), er strebe nun den Ausstieg vom Kohleausstieg an.

Ach hätte er das doch nie gesagt. Die Grünen, die gerade die nordrhein-westfälische Braunkohle im Rheinwasser ersäufen, und zwar irreversibel, werden es ihm doch wieder ausreden. Und wie steht er dann wieder da? Wie einer, der viel verspricht und nichts hält.

In diesem Sinne,
bleiben Sie gesund, und halten Sie Ihr Geld zusammen.

Ihr
Egon W. Kreutzer